

Arbeitnehmende und der Staat profitieren von attraktivem Standort Schweiz

14.01.2022

Auf einen Blick

Die Schweizer Standortpolitik der letzten Jahrzehnte ist äusserst erfolgreich. Aber was haben die Arbeitnehmenden davon? Kurz gesagt: Löhne auf Rekordniveau. Nirgends in der OECD ist der mittlere Lohn höher als in der Schweiz. Das BIP pro Kopf wächst stetig und das auf deutlich höherem Niveau als in den Nachbarstaaten. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist stabil und die Erwerbsbeteiligung rekordhoch. All das wäre undenkbar ohne eine starke Präsenz international tätiger Unternehmen in der Schweiz. Arbeitnehmende profitieren davon.

Der Standorterfolg der Schweiz ist unbestritten. Er schlägt sich – wie kürzlich aufgezeigt – in einer deutlichen Zunahme kapitalbasierter Steuern nieder. Beim Bund steigen die Unternehmenssteuern massiv an, so dass die Firmen seit einigen Jahren erstmals mehr bezahlen als die Privathaushalte. Das Wachstum ist massgeblich auf grosse, international erfolgreiche Unternehmen zurückzuführen. Nur knapp 3 Prozent der Firmen bezahlen fast 90 Prozent der Gewinnsteuern. Selbst die federführende SP-Steuerpolitikerin Jacqueline Badran musste kürzlich zugeben: «Diese Ansiedlungspolitik hat funktioniert.» Nur, was haben die Arbeitnehmenden von einem starken Unternehmensstandort?

Arbeitnehmende profitieren von hohen Löhnen

Wie eine Auswertung der OECD zeigt, ist der mittlere, preisbereinigte Lohn in keinem Industrieland höher als in der Schweiz. Das BIP pro Kopf hat gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) seit Mitte der 1990er Jahre um fast 30 Prozent zugelegt und das auf einem Niveau, das gemäss Eurostat deutlich höher liegt, als in den allermeisten EU-Staaten. Treiber ist die Arbeitsproduktivität, die gemäss BFS seit den 1990er Jahren im Mittel um jährlich 1,2 Prozent steigt.

Ermöglicht wird das massgeblich durch international erfolgreiche Unternehmen, die hierzulande wertschöpfungsstarke Aktivitäten wie Forschung & Entwicklung, Dienstleistungs-, Vertriebs- und Hauptsitzfunktionen ansiedeln. Das bringt innovative und zukunftsfähige Arbeitsplätze, die dank ihrer hohen Produktivität auch entsprechend hoch entlohnt werden können.

Gleichmässige Verteilung des Wohlstands

Es gibt kaum ein Land, in dem sich der Wohlstand besser entwickelt hat. Gleichzeitig ist dieser gleichmässig verteilt. Der Anteil am BIP, der Arbeitsleistung entschädigt, liegt stabil bei rund 70 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung ist rekordhoch, und die Ungleichheit der Markteinkommen ausserordentlich gering. Erwerbstätige haben in der Schweiz wie kaum irgendwo sonst auf der Welt die Möglichkeit, aus eigener Kraft ein sehr gutes Einkommen zu erzielen (Lesen Sie dazu unser Faktenblatt Klassenkampf im Land der guten Löhne).

Tiefe Steuern für Private, bei stetig wachsenden staatlichen Leistungen

Während EU-Staaten Mehrwertsteuersätzen bis 25 Prozent kennen, ist die Besteuerung des Konsums in der Schweiz mit einem Normalsatz von 7,7 Prozent so gering wie nur in ganz wenigen westlichen Ländern. Die Einkommensteuern für tiefe und mittlere Einkommen sind in den letzten Jahren sogar gesunken.

Gleichzeitig wachsen die öffentlichen Ausgaben und die staatlichen Leistungen werden stetig ausgebaut. Das gilt im Besonderen für den Bereich der sozialen Wohlfahrt. Kein Bereich der Bundesausgaben wächst in vergleichbarem

Tempo. Beispiele dafür sind der massiv steigende Bundesbeitrag an die AHV, der Ausbau der Ergänzungsleistungen, der Prämienverbilligung und der Subventionen für die Kinderbetreuung. Auch der Bereich Bildung und Forschung wächst deutlich überdurchschnittlich.

Eine insgesamt massvolle Steuerbelastung und trotzdem wachsende staatliche Leistungen? Kann das aufgehen? Die Schweiz ist nicht bekannt als Schuldenweltmeister. Das finanzielle Gleichgewicht ist nur deshalb gewährt, weil Unternehmen einen stetig wachsenden Steuerbeitrag leisten. In den letzten 15 Jahren hat der Bund seine Sozialleistungen um 10 Milliarden ausgebaut - bezahlt haben es die Firmen, deren Steuern um ziemlich genau diesen Beitrag im gleichen Zeitraum gewachsen sind. Lesen Sie auch den ersten Teil dieser losen Serie: - SP verdreht die Fakten: Kapitalbasierte Steuern nehmen zu

Quelle: BFS Wachstums- und Produktivitätsstatistik